



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturmarsch / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. bei Haushalt 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatl. 2,20 M., ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Altstadt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Zeitungsvertrieb: 17250 / Postgeschäft: Dresden Nr. 18690. Dresden Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Altstadt / Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Amt Dresden Nr. 17250 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Sprechnummern der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Abonnementpreis: Die neuromal gesetzte Komplettzeitung oder deren Raum 0,35 M., für Familienangehörige 0,20 M. für die Zeitungswelt anstehend an den dreimaligen Teil einer Zeitung 1,50 M. Abonnementnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Altstadt Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 18. Januar 1929

Nummer 15

Nationalsozialistische Feme in Berlin

Eine Frucht des Börgiebel-Regimes

Berlin, 18. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums ist in diesen Tagen einer von der Berliner Gauleitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verübten Freiheitsberaubung und Eigentum auf die Spur gekommen, die an Gewaltmethoden erinnert. Die Gauleitung hat einen Sonderdienst eingerichtet, der über Straftaten urteilt, die durch Parteangehörige begangen sind. Die Gauleitung hatte einen ehemaligen Kriminalbeamten, der vor längerer Zeit wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung aus dem Polizeidienst entlassen wurde, zu ihrer Verwendung. Dieser Mann hatte am 8. Januar einen 19-jährigen Parteangehörigen "verhaftet". Der junge Mann wurde im Gaubüro eingesperrt.

Die "Vernehmung" des wegen angeblicher Unterschlagung verfolgten jungen Mannes vollzog sich in geradezu mittelalterlicher Form. Vor seinen Augen wurde eine Pistole geladen und mehrere Nationalsozialisten hielten schwer bewaffnet Wache bis gut "Vernehmung". Zwei in der Form der offiziellen Polizei-protokolle angefertigte Formulare wurden schließlich dem Abg. Höbbels übergeben, der diese ganzen Prozedere beigewohnt hatte und schließlich den jungen Mann Schweigepflicht auferlegte. Auf Grund einer dennoch erstatteten Anzeige war die Polizei wohl oder übel gewungen, eine Haussuchung vorzunehmen, die außerordentlich belastendes Material, u. a. mehrere Schnelladepistolen, zutage förderte. Sämtliche Beteiligten, bis auf den Abg. Höbbels, wurden verhaftet.

Diese Meldung beleuchtet die faschistische Gefahr, die sich besonders unter dem Schuh sozialdemokratischer Polizei gewaltiger breit macht. Nichts ist dafür bezeichnender als die Tatsache, daß gerade in Berlin, wo Börgiebel sogar Grabschläge der revolutionären Arbeiterschaft verbietet, die Faschisten auf offener Straße Freiheitsberaubungen, Tötung und Bedrohungen im Rahmen einer Ku-Klux-Klan-Feme unter Anleitung politisch geschulter "Fachleute" durchführen können. Die Arbeiterschaft muß im ganzen Reich endlich zum aktiven Angriff gegen das Faschistenvad übergehen, wenn sie nicht nach dem Wunsche sozialdemokratischer Staatsdiener zum wehr- und willenlosen Opfer eines weißen Terrorregiments herabfallen will.

Auch Amanullahs Bruder muß abdanken Ein noch willigerer Knecht Englands soll regieren

Berlin, den 18. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Einer Kurzmeldung aus Moskau folge, hat in Kabul zunehmend auch der Bruder Amanullah unter dem Druck der reaktionären Banden abgedankt. Es wird mitgeteilt, daß der Sohn des auströmenden Kaisers Saloo unter dem Siegel

England ist Gott . . .



und ich bin dein Prophet!

In den Armen Groeners

Demagogisches Gescheit der linken SPD-Presse

Die Denkschrift des Reichswehrministers Groener alarmiert der deutschen Arbeiterschaft die imperialistische Kriegsgefahr. Der Widerhall in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse entspricht dem Kriegsprogramm Groeners und den deutschen Bourgeoisie. Jede Zeitung bemüht sich eifrig, die Bedeutung der Denkschrift Groeners herauszubringen, um die Aufführungs- und Kriegspolitik in Deutschland zu verschleiern. Das Gescheit, das man nach Verfolgung derjenigen erhebt, die die Denkschrift der englischen Presse ausliefern, zeigt außerdem, wie unangenehm der bürgerlichen Pressejournalen das Bekanntwerden des Inhalts der Denkschrift ist. Den SPD-Führern ist die Sache doppelt unangenehm, weil sie ihre sozialimperialistische Politik in schärfstem Maße demaskiert.

In besonders schamloser Weise nimmt die "linke" SPD-Presse zur Denkschrift Groeners Stellung. Mit den üblichen radikalen Überzeugungen prangt sie dieselbe als "Kriegsprogramm des deutschen Imperialismus" an. Wie dieser Radikalismus in Wirklichkeit aussieht, zeigen aber die Kommentare. Die Volkszeitung für das Vogtland verfündet die "Weisheit", daß die Denkschrift das glatte Eingeständnis von der Existenz des neu-deutschen Imperialismus und den imperialistischen Aufgaben der Reichswehr sei.

Die armen "Linken"! Sie scheinen bisher tatsächlich nichts von dem imperialistischen Charakter der deutschen Politik gewußt zu haben?!. Sie erinnern sie sich auch auf einmal daran, daß der Panzerkreuzer eine große militärische Bedeutung und kein Spielzeug sei. Mit dreifester Stern erklärt das "linke" Blatt weiter:

"Die eingeweihten Kreise in Deutschland hielten es nicht für nötig, das deutsche Volk von Herrn Groeners Denkschrift zu unterrichten!"

Zu den "eingeweihten Kreisen" gehören sowohl Hermann Müller als auch der "linke" Paul von Hindenburg. Die ganze Clique der SPD-Führer lebte bekanntlich im Reichstag den Antrag der Kommunisten auf Veröffentlichung der Denkschrift ab. Die be-

ruigerliche Sprache, wie sie jetzt die "linke" SPD-Presse führt, kann die Arbeiterschaft verwirren.

Über noch mehr. In den Kommentaren der linken SPD-Presse wird mit keinem Wort zur Bedrohung der Sowjetunion durch die Denkschrift Groeners Stellung genommen. Obwohl jeder Teil der Denkschrift für die Einreichung in die englisch-französische Antisowjetfront spricht und gegen die Sowjetunion zielt, hält man es für überflüssig, dazu Stellung zu nehmen. Eine glatte Unterdrückung noch mehr ein Schurkenreich. Abschließlich verschweigt man die aggressive Stellungnahme gegen die Sowjetunion, weil die sozialdemokratischen Arbeiter, und insbesondere die ländlichen, ihre Sympathie für die Sowjetunion schon öfters befunden haben. Wenn man sie mit der ganzen politischen Traumwelt der Denkschrift Groeners vertraut macht, dann werden sie die ganze erbärmlichkeit der SPD-Führerschaft und ihren sozialdemokratischen Kurs erkennen. Diese Erkenntnis fürchten die "linken" SPD-Führer. Die Arbeiterschaft wird sich aber durch ihr radikales Gescheit gegen die Denkschrift nicht täuschen lassen. Die Leipziger Volkszeitung schreibt am Schlüsse ihres Denkschrift-Artikels:

"Wir möchten das Memorandum des Reichswehrministers sogar als einen unfreiwilligen Beitrag zur Klärung der Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Wehrproblem ansehen. In dem Sinne nämlich, daß es den unentwegten Belügern einer positiven Wehrpolitik zeigt, daß sie geraden Wege in die Arme Groeners und mit ihm in einen neuen imperialistischen Krieg rennen!"

Um vorigen Sonntag haben die "Linken" auf dem ländlichen Landesparteitag in der Koalitions- und Wehrfrage vor dem Verteidigungsrat kapituliert. Die SPD-Führer ziehen und links Couleur brauchen nicht mehr in die Arme Groeners zu rennen, sondern sie marschieren bereit in Arme in Arme mit Groener und bereiten gemeinsam mit der deutschen Bourgeoisie den Krieg gegen die Sowjetunion vor.

König Chabibullah die Regierung übernommen hat. In Kabul herrscht angeblich Ruhe, die Basare sind geöffnet, die ausländischen Gesandtschaften werden bewacht.

Während des Kampfes in und um Kabul hat kein Ausländer irgendwelchen Schaden genommen. Einem aus Kabul übermittelten Bericht folge haben die ausländischen nach der Abdankung Amanullahs ihren Vorstoß gegen Kabul fortgesetzt und es ist ihnen gelungen eine Umstellung zu erzwingen. Die ausländischen forderten die bedingungslose Unterwerfung und im Falle der Weigerung würden sie die Festung plündern.

Nach dem Sturz Amanullahs war es klar, daß es England bei diesem ersten Schritt zur Unterjochung Afghanistan's nicht befohlen werde. Der Bandenführer Saloo verdrängt, ist der Statthalter Mohamed Omars, der beim Tode seines Vaters minderjährig war und dem Vater Amanullahs weichen mußte. Mohamed Omar hat lange Jahre in Indien im Schuh Englands gelebt. Beim Ausbruch der letzten Aufstandsbewegung begab sich Omar nach Afghanistan und arbeitete dort, unterstützt von England und von dem berüchtigten Oberst Laurence unter den Aufständischen. Mohamed Omar ist der ausgesprochene Vertreter der Großgrundbesitzer und obersten Kreise.

Das Schicksal Afghanistans bringt unmittelbar große Gefahren für die Sowjetunion, insbesondere für das benachbarte Sowjet-Turkestan. Der britische Imperialismus schlägt sich an, sein Hauptquartier für den mittelasiatischen Frontabschnitt gegen die Sowjetunion in Kabul aufzuschlagen. Ob ihm dies wirklich gelingen wird, ist allerdings noch fraglich, da im afghanischen Volk die Gegenströmungen nicht unbedeutlich sind.

Amanullah rüstet zum Gegenstoß?

Wie aus London gemeldet wird, hat Amanullah die Stadt Kandahar, die sich 300 Meilen südlich von Kabul befindet, erreicht. Er soll an die Organisation zweierlicher Streitkräfte gegen die Herkunftskoalitionen Banden gegangen sein und eine Gegenaktion planen. Eine Anzahl Stämme haben sich bereits mit ihm solidarisch erklärt.

Politische Kriegsübungen

Der amtliche polnischen Telegraphenagentur zufolge ist in drei Großstädten eine Probemobilmachung von mehreren Jahrzügen der Reisenden angeordnet worden.

Gegen die imperialistischen Mörder

Moskau, 18. Januar. (Eig. Drahtbericht) In Vera Cruz wurden gestern, anlässlich der Erschebung des burmischen Arbeitersführers Nella, eine Anzahl Kundgebungen veranstaltet. Von Lautsprechern wurden Ansprachen gegen den Imperialismus Amerikas gehalten.

Ein Fünftel aller ADGB-Mitglieder arbeitslos

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit, daß sich seit Ende Dezember 1928 bei 9962 berichtenden Zweigvereinen (November 9780) mit 4 137 844 (4 147 256) Mitgliedern die Zahl der Arbeitslosen auf 689 853 erhöht hat. Der Prozentsatz der Arbeitslosen zur Gesamtzahl der Mitgliedschaft ist damit auf 16,7 Prozent gegen 12,9 Prozent im Dezember 1927 gestiegen. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug 290 517 gegen 202 985 im Dezember 1927. Die höchsten Prozentsätzen der Arbeitslosenzahl (in Prozenten der Mitgliederzahl) sind jetzt zu stellen bei: 1. Dachdecker 55,1 (26,4); 2. Baugewerkschaft 53,1 (17,6); 3. Steinärbeiter 45,3 (16,5); 4. Hutarbeiter 44,5 (38,2); 5. Zimmerer 43,5 (20,3); 6. Maler 34,8 (20,8); 7. Gärtner 31,6 (17,7); 8. Schuhmacher 23,7 (18,9); 9. Bekleidungsarbeiter 20,3 (15); 10. Holzarbeiter 17,6 (11,4); 11. Sattler, Tapezierer und Portefeuillen 17,5 (15,3); 12. Tabakarbeiter 16,5 (10,9).

Bei den Kurzarbeitern erreichen die höchsten Prozentsätze: 1. Schuhmacher 36 (43,4); 2. Hutarbeiter 28,8 (22,8); 3. Textilarbeiter 24,4 (25); 4. Webarbeiter 18,7 (26,2); 5. Bekleidungsarbeiter 18 (13,3); 6. Maler 16,1 (13,4); 7. Tabakarbeiter 15,2 (12,6); 8. Steinärbeiter 14,9 (16,9); 9. Sattler, Tapezierer und Portefeuillen 14,3 (10,9). Rechnet man die Kurzarbeiter zur Hälfte als Arbeitslose, so sind rund 20 Prozent oder ein Fünftel aller Mitglieder der freien Gewerkschaften arbeitslos.